

Finanzkontrolle Ungezügelter Macht

Die vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Deloitte, KPMG, PwC und EY gehören zu den unbekannten Mächten der Weltwirtschaft. Die „Big Four“ beschäftigen weltweit über 800 000 Mitarbeiter und prüfen allein in Deutschland 80 Prozent der Bilanzen der großen Aktiengesellschaften. Weil sie als Mitverantwortliche der Finanzkrise gelten, soll ein neues Gesetz sie strenger regulieren. Doch viele der angedachten Reformen wurden weichegespült, sagt der Grünen-Finanzexperte **Gerhard Schick**, 43.



STEFAN BONESS / IPON

SPIEGEL: Herr Schick, der Bundestag wird kommende Woche wahrscheinlich ein Gesetz zur strengeren Kontrolle von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beschließen. Warum ist das nötig?

Schick: Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften decken viele Skandale und Bilanzprobleme schlicht nicht auf, das ist vor allem in der Finanzkrise deutlich geworden. Der Bank Hypo Real Estate etwa wurde bescheinigt, es sei alles in Ordnung, kurz darauf fiel das Institut zusammen.

SPIEGEL: Wird das durch das neue Gesetz anders werden?

Schick: Nein, obwohl viele Ansätze gut waren. Das Gesetz setzt EU-Recht um – und das sollte ursprünglich einen zentralen Interessenskonflikt lösen: dass die Big Four oft Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in einem sind. Von diesem Ansatz ist nicht viel übrig geblieben. Das deutsche Gesetz ist leider ein Big-Four-Protektionsgesetz.

SPIEGEL: Warum?

Schick: Laut Gesetzesentwurf dürfen die Wirtschaftsprüfer ihre Kunden weiter in Steuerfragen beraten, solange sich das „nur unwesentlich“ auf deren Jahresabschluss auswirkt. Das lässt sich in den meisten Fällen allerdings gar nicht überprüfen. Wer soll das denn machen? Nur wenige Spezialisten verstehen überhaupt solche Jahresabschlüsse.

SPIEGEL: Dafür schreibt der Gesetzesentwurf vor, dass Unternehmen ihre Wirtschaftsprüfer regelmäßig wechseln. Verbessert das die Situation wenigstens?

Schick: Nein, denn auch die Idee der sogenannten Rotation wurde ad absurdum geführt. Die EU-Kommission hatte einen Zyklus von sechs Jahren zur Diskussion gestellt, in der EU-Verordnung stehen jetzt zehn. Die Bundesregierung hat in ihrem Gesetzesentwurf eine Ausnahmeregelung genutzt und 20- bis 24-jährige Zyklen möglich gemacht, solange es nicht um Banken und Versicherungen geht. am, ase



Berliner Hauptbahnhof

Deutsche Bahn Fahrgastrekord im Fernverkehr

Im vergangenen Jahr haben so viele Menschen einen Fernzug der Deutschen Bahn benutzt wie noch nie: Das Unternehmen verzeichnete in seinen ICE und ICs rund 132 Millionen Fahrgäste – und damit 2,9 Millionen mehr als 2014. Mit dem Plus von gut zwei Prozent schaffte der Konzern die ersehnte Trendwende in seinem Kerngeschäft. Zwischen dem bislang besten Jahr 2012 und 2014 waren die Zahlen deutlich zurückgegangen. Der Fahrgastrekord lässt sich unter anderem auf einen besseren Service zurückführen – aber auch darauf, dass die Bahn im Kampf gegen die Fernbusse und den niedrigen Benzinpreis mehr Billigtickets auf den Markt geworfen hat als je zuvor. Weil da-

durch der durchschnittliche Ticketpreis gesunken ist, ging der Umsatz im Fernverkehr um rund zwei Prozent auf unter vier Milliarden Euro zurück. Insgesamt konnte der Konzern – zu dem auch der Regional- und Güterverkehr sowie die Logistiktochter Schenker gehören – mit rund 40,5 Milliarden Euro etwas mehr umsetzen als im Vorjahr (39,7 Milliarden Euro). Wie angespannt die finanzielle Situation dennoch ist, zeigen weitere Kennzahlen aus der Jahresbilanz, die kommende Woche vorgestellt wird: Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern lag bei minus 150 Millionen Euro – und damit fast zwei Milliarden Euro unter dem Vorjahreswert. Es handelt sich zudem um den ersten Verlust seit 2003. Gleichzeitig stieg die Verschuldung von 16,2 auf 17,5 Milliarden Euro. bö

Atomenergie Rückbau zum Schnäppchenpreis

Die vier Betreiber der deutschen Atomkraftwerke rechnen die Kosten für den Rückbau der AKW und die Endlagerung klein. Für fast zehn Milliarden Euro weniger als von der Bundesregierung berechnet, wollen die Energie-

konzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall das radioaktive Erbe beseitigen. So steht es in einer internen Auflistung der Konzerne. Unter anderem habe man „Anspruch auf Erstattung“ der Kosten für das ursprünglich geplante Endlager in Gorleben in Höhe von 2,95 Milliarden Euro. Bei den Endlagerungsbehältern seien Einsparungen

von 2,5 Milliarden Euro möglich. Durch „technische Betriebsoptimierungen“ bei der Endlagerung könnten 1,5 Milliarden Euro weniger anfallen, behaupten die AKW-Betreiber. Das Schlankrechnen hat einen durchschaubaren Grund: Derzeit verhandelt eine Kommission des Bundeswirtschaftsministeriums über die Sicherung der Rückstel-

lungen für den AKW-Abbau mit den Konzernen. Die Kommissionsmitglieder fordern einen hohen Risikoaufschlag dafür, dass der Staat die Verantwortung für die Endlagerung von den vier AKW-Betreibern übernimmt. Diese sperren sich jedoch dagegen und behaupten, man würde sie dadurch in den finanziellen Ruin treiben. gt